

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

82 (9.4.1931)



# Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklamemillimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichterschaffung des Zeitungsgebietes, bei gerichtlichem Beitreibung und bei anderen außer Kraft tritt. Offensiv- und Gerichtstexte in Karlsruhe i. B. o. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wäffen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erschließung 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkstempel-Mitglied: Durlach, Hauptstraße 9; D.-Baden, Taghausstraße 12; Reutlingen, Koenigsstraße 2; Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 82

Karlsruhe, Donnerstag, den 9. April 1931

51. Jahrgang

## Rückgang der Arbeitslosigkeit

Im Reich erheblich - Südwestdeutschland geringer

WTB, Berlin, 8. April. Wie schon jetzt zu dem für morgen zu erwartenden Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zuverlässig verläutet, ist ein beträchtlicher Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zu verzeichnen. Wie es heißt, hat sich die Zahl der Arbeitslosen seit dem letzten Bericht um gut 200 000 vermindert.

### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk Südwestdeutschland vom 16. bis 31. März 1931

In der zweiten Hälfte des März hat sich die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitsuchenden um rund 20 000 Personen von 311 872 auf 292 260 vermindert. Beteiligt waren an der Abnahme hauptsächlich das Baugewerbe mit 7000 Mann, die Tabakindustrie mit 5000 Personen, sowie die Holzindustrie und das Bekleidungs-gewerbe mit je 1400 Personen. In den übrigen Berufsgruppen war die Entlastung zahlenmäßig weniger von Bedeutung.

Die Inanspruchnahme der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung hat im ganzen eine Entlastung um rund 14 000 Hauptunterstützungsempfänger erfahren, während die Zahl der Nebenunterstützten nochmals um 1600 Personen abgenommen ist. Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an unterstützten Arbeitslosen am Schluss des Monats März folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung: 155 207 Personen (120 274 Männer, 34 933 Frauen), in der Nebenunterstützung 42 518 Personen (37 860 Männer, 4 658 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 12 400 Personen, oder um 5,9 v. H. von 210 125 Personen (167 254 Männer, 42 871 Frauen) auf 197 025 Personen (158 134 Männer, 38 891 Frauen); davon kamen auf Württemberg 85 519 gegen 90 048 und auf Baden 112 206 gegen 120 077 am 14. März 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitssamtes Südwestdeutschland kamen Ende März 1931 auf 1000 Einwohner 39,3 Hauptunterstützungsempfänger, gegen 39,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die zahlenmäßig größte Entlastung hatte das Baugewerbe zu verzeichnen, in dem 4000 Facharbeiter und 2700 Hilfsarbeiter wieder Beschäftigung fanden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Baugewerbe beträgt aber immer noch über 50 000 Mann. Diese Zahl ist um 20 000 größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. In zahlreichen Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge sind 4200 Mann als Hilfsarbeiter beschäftigt.

In der Industrie der Steine und Erden konnten die Steinbrüche mit der teilweisen Wiederaufnahme der Arbeiten rechnen. In den Ziegeleibetrieben dagegen beruht fast überall noch Arbeitsruhe. Die Entlastung des Arbeitsmarktes betrug in der ganzen Berufsgruppe über 800 Mann.

Die Wiederaufnahme der Arbeiten in der Landwirtschaft war durch die frostige Witterung und in den höheren Lagen auch durch Schnee noch gehemmt. Die Entlastung des Arbeitsmarktes betrug aber immerhin 500 Personen. Die Forstwirtschaft stellte Arbeitskräfte für Pflanzungsarbeiten ein und auch die Gärtnereien waren in geringem Umfang aufnahmefähig.

Im Verkehrsgewerbe hat sich die schlechte Lage in der Abenteurerfabrik und im Mannheimer Hafen nicht gebessert. Durch Entlastungen bei der Reichspost und bei der Reichsbahn wurde aber eine geringe Entlastung der Arbeitsmarktlage erzielt.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hat die Belebung der Vermittlungsstellen für weibliche Kräfte in Saisonstellen angehalten. Auffallend gering aber waren die Anforderungen nach männlichen Kräften.

Im Bekleidungs-gewerbe war im Hinblick auf Ostern der Bedarf an männlichen und weiblichen Kräften ziemlich stark und auch das Reinigungs-gewerbe zeigte eine saisonmäßige Belebung. Die Entlastung in der Berufsgruppe Körperpflege und Reinigungs-gewerbe betrug 200 Personen.

Die Nachfrage nach Hausgehilfinnen war ebenfalls sehr lebhaft. Die Arbeitsämter konnten dem Bedarf an Hausmädchen, Wirtschafterinnen und Stützen im allgemeinen entsprechen. Sehr groß ist noch das Angebot an mangelhaft ausgebildetem Personal.

Die Arbeitsmarktlage in der Industrie ist in der Berichtszeit mit wenigen Ausnahmen noch unermüdlich schlecht geblieben. Dies gilt vor allem für die Metallindustrie, wo eine Entlastung um 1000 Personen von 52 000 auf 51 000 Arbeitslose noch als ganz unbefriedigend anzusehen ist. In der Gummi- und Porzellanindustrie wurde ein weiteres Sinken des Beschäftigungsstandes beobachtet, ebenso in der Fabrikation der chirurgischen Instrumente. Im Waggonbau hat die Belebung angehalten.

In der chemischen Industrie wurden Entlassungen in der Kunstseidenfabrikation gemeldet.

In der Textilindustrie hat sich die Entspannung der Lage fortgesetzt, fast in allen Branchen konnte ein ansiehender Beschäftigungsanstieg festgestellt werden. Die Arbeitslosenzahl ist im Spinnwebgewerbe um weitere 300 Personen gesunken.

In der Papierindustrie hat eine größere Zellulosefabrik 350 und eine weitere Zellulosefabrik 60 Arbeitskräfte entlassen.

In der Holzindustrie haben die stillliegenden Sägewerke den Betrieb teilweise wieder aufgenommen. In der Möbelindustrie zeigte sich ebenfalls eine leichte Aufnahmefähigkeit, doch sind andererseits die Entlassungen noch nicht ganz zum Stillstand gekommen.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe betrug die Entlastung des Arbeitsmarktes infolge der fortschreitenden Wiederaufnahme in der Tabakindustrie über 5000 Personen.

Im Bekleidungs-gewerbe hat sich die Belebung in der Maßschneiderei merklich verstärkt, jedoch eine Verringerung der Arbeitslosenzahl um 800 männliche und über 500 weibliche Personen zu verzeichnen ist. Die Lage in der Schuhfabrikation ist unverändert schlecht geblieben. In der Schuhindustrie arbeitet der größte Betrieb nur 3 Tage in der Woche.

In den Angestelltenberufen konnten für das Dienstjahr zahlreiche Vermittlungen getätigt werden.

### Keine Einberufung des Reichstags

Die Reichstagschwänzer abgelehnt

Der Ältestenrat des Reichstags hat am Mittwoch den Anträgen der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen auf sofortige Einberufung des Reichstags und Beratung über die Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 abgelehnt, weil nur die Vertreter von 228 Abgeordneten von insgesamt 577 Abgeordneten sich für die Einberufung ausgesprochen.

Dieses Ergebnis stellt keine Ueberraschung dar. Immerhin ist es politisch bemerkenswert. Es bedeutet für die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten eine neue Enttäuschung. Sie hatten gehofft, für ihren Vorstoß Unterstützung bei denjenigen Parteien zu finden, mit denen sie zur Zeit gemeinsam das Volksbegehren zur Aufhebung des preussischen Landtags betreiben. Sie ließen es deshalb bei der Sitzung des Ältestenrats nicht an Hinweisen fehlen, daß die gemeinsame Front in Preußen die Pflicht in sich schließt, alle Bestrebungen zu unterstützen, jene Notverordnung zu beseitigen, durch die das Volksbegehren beeinträchtigt werden sollte. Aber alle Anbiederungsversuche blieben erfolglos. An der Einberufung des Reichstags lag der Rechtsopposition umso mehr, als sie seit Wochen dringend nach einer Gelegenheit sucht, baldmöglichst den mit dem Auszug aus dem Reichstag begangenen Fehlschlag wieder gut zu machen. Die Vertreter der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten erklärten daher ausdrücklich, daß sie im Falle der Einberufung des Reichstags die feste Absicht hätten, in den Reichstag zurückzukehren.

Die antragstellenden Parteien wußten, daß eine Mehrheit für die sofortige Einberufung des Reichstags schwerlich zu erzielen sei. Sie stellten sich deshalb auf den Standpunkt, daß der Teil des Artikel 24 der Reichsverfassung in Anwendung gebracht werden müsse, in dem vorgesehen sei, daß der Reichstag früher einberufen werden dürfte, wenn ein Drittel

der Reichstagsmitglieder es verlangen. Dem wurde entgegengehalten, daß eine solche Auslegung des Artikel 24 nicht nur mit seinem Wortlaut im Widerspruch stehe, sondern auch zu den unmöglichsten Konsequenzen führen müßte. Von allen Staatsrechtslehrern, früher aber auch schon vom Reichstag selbst, ist in ähnlichen Fällen das Recht einer Minderheit auf Herbeiführung der Einberufung des Reichstags nicht anerkannt worden, weil es nur für eine vorher erfolgte Schließung des Tagungsabchnittes gilt. Da der Reichstag zur Zeit seine Tagung nicht geschlossen, sondern seine Beratungen nur unterbrochen hat, und der Termin des neuen Zusammentritts auf den 13. Oktober festgesetzt ist, billigte die Mehrheit die Auffassung des Reichspräsidenten, daß nur eine Mehrheit die frühere Einberufung des Reichstags verlangen könne.

Die Sozialdemokratie hat den sofortigen Zusammentritt des Reichstags nicht nur aus formellen, sondern auch aus sachlichen Gründen abgelehnt. Das ist in keiner Weise eine Billigung aller Bestimmungen der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten. Die Sozialdemokratie verkennt durchaus nicht, daß die weitgehende Einschränkung der Versammlungsfreiheit und Demonstrationenfreiheit bedenklich und bedauerlich ist. Sie ist jedoch nach wie vor der Ansicht, daß die unerträgliche Notlage, die seit Monaten Leben und Gesundheit der Bevölkerung bedroht und schließlich zu einem permanenten Bürgerkrieg führen muß, nicht länger geduldet werden darf. Die Sozialdemokratie hat deshalb nach den politischen Motiven in Hamburg gegen die verhängnisvolle Maßnahme gegen die Notlage verhandelt. Es mag zweifelhaft sein, ob die neue Notverordnung in allen Teilen nur der Bekämpfung der Notlage dient, oder ob nicht auch andere Bestrebungen, die mit Notlage oder Verrohung des politischen Kampfes nichts zu tun haben, damit getroffen werden. Wir verlangen, daß solche Absichten unterbunden werden. Entscheidend wird daher für die endgültige Haltung der Sozialdemokratie die praktische Anwendung der Notverordnung sein. Die politische Freiheit der Staatsbürger, die sich in erlaubten Formen betätigt, darf nicht gehindert werden. Angesichts der Fortdauer der Verrohung und der von den extremen Parteien immer noch gesteigerten Verrohung des politischen Kampfes aber ist eine Gegenwehr der demokratischen Republikaner unerlässlich. Mißbräuchlich in der Anwendung der Verordnung wird die Sozialdemokratie durch direkte Beeinflussung zu verhindern suchen. Dafür braucht sie nicht den Reichstag. Eine Aufhebung der Verordnung und daher auch die Einberufung des Reichstags im gegenwärtigen Augenblick lehnen wir ab.

Eine endgültige Entscheidung, ob der Reichstag erst am 13. Oktober zusammentritt, ist damit nicht getroffen. Eine Mehrheit des Reichstags kann jederzeit die früheren Einberufung beschließen.

## Auflehnung gegen Hitler

Es gärt noch im „Dritten Reich“ - Abfall von SA-Leuten - Anklagen gegen Goebbels - Neue Monatsgehälter für Prätorianerführer - Hitler „Die Münchener Operettendiva“

Berlin, 9. April. (Samstags-) Am Mittwochabend fand in Brandenburg a. S. eine geschlossene SA-Versammlung statt. Von anwesenden 430 SA-Leuten erklärten sich 400 für Stennes und nur 30 für Hitler. Das ist infolgedessen besonders bemerkenswert und interessant, als die Brandenburger SA bei der vorjährigen Revolte der Sturmabteilungen einer der Hauptstützpunkte der hitler-treuen Elemente war.

Auch sonst scheint die Rebellion der SA-Leute entgegen den angelegentlichsten Erwartungen noch keineswegs zum Stillstand gekommen zu sein. In Breslau erklärten sich zum Beispiel rund 1500 SA-Leute mit ihrem bisherigen und von Hitler aus der NSDAP ausgeschlossenen Führer Krenner solidarisch. Solidaritätserklärungen für Stennes liegen ferner vor von SA-Organisationen aus der Ostmark, Pommern, Mecklenburg und einer ganzen Reihe von Großstädten. Unklar ist jedoch, wie groß die Zahl derer ist, die hinter diesen Solidaritätserklärungen steht.

Der von Hitler für die Ostmark eingesetzte Sonderbeauftragte, Hauptmann Goering, der sich übrigens nicht in der ihm unterstellten Provinz, sondern in Berlin aufhält, hat inzwischen an Hitler über seine Sondermission einen Bericht erstattet und darin, wie zuverlässig verläutet, schwere Vorwürfe gegen Goebbels erhoben. Die durch Goering vorgenommenen Vernehmungen von hitlertreuen SA-Leuten hat einwandfrei ergeben, daß Goebbels seit langem systematisch und mit Erlaubnis Hitlers zu untergraben ver sucht hat. Goebbels, der übrigens am Dienstagabend in einer großen Münchener Versammlung auf Hitler wiederum festgelegt werden sollte und festgelegt worden ist, hat von

seinem „persönlichen Freund“, dem großen Adolf, den Befehl erhalten, bis auf weiteres in München zu bleiben.

Bedeutend für die ganze Situation innerhalb der NSDAP ist auch die neueste und mit sofortiger Wirkung in Kraft tretende Verfügung Hitlers, daß die SA-Führer, die bisher über den Sonderetat der SA finanziert wurden, nunmehr unmittelbar durch die Parteileitung besoldet werden. Die Gehaltsätze für die SA-Führer wurden bei dieser Gelegenheit zugleich neu bestimmt und gekürzt. In Zukunft erhält ein Stabsführer monatlich 500.— Mark, ein Stabsstellvertreter monatlich 800.— Mark. Hitler hofft, durch die Reorganisation die Abhängigkeit der militärischen Führer von der NSDAP und insbesondere von ihm persönlich strenger zu gestalten.

Eine weitere Maßnahme Hitlers ist die Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen Killinger, den Stabsstellvertreter in Sachsen. Killinger soll zu dem Danziger SA-Führer Friede noch am 30. März erklärt haben, daß er der Münchener Operettendiva nicht länger Gefolgschaft leisten werde und Hitler „das Schwein“ pünktlich und endgültig beseitigt werden müsse. Man nimmt an, daß das peinliche Verhalten Hitlers Herrn Killinger trotz aller Treuschwüre für den Münchener Parteitag die Stellung kosten wird.

Was sonst im einzelnen innerhalb der NSDAP vorgeht, dürfte man in den nächsten Tagen durch das von Stennes in Aussicht genommene Halbwochenblatt erfahren. Das Blatt soll finanziell gesichert sein und unter dem Titel „Arbeiter, Bauern und Soldaten“ spätestens heute oder morgen erscheinen.



# Wachsamkeit!

Soziale Möglichkeiten und Gefahren  
Von E. Aufhäuser, M. d. R.

Der Auftrieb der Nationalsozialisten vom 14. September 1930 hat alsbald nach der Reichstagswahl Dank einer starken und wachsenden Aktivität der Sozialdemokratie in- und außerhalb des Parlaments sichtbare Hemmungen erfahren. Hitlers Auszug aus dem Reichsparlament und Fricks Sturz in Thüringen sind sichtbare Zeichen eines politischen Umschwungs, der die von der Sozialdemokratie zur Verhinderung einer faschistischen Staatsmacht in Deutschland geübte politische Selbstbeschränkung rechtfertigt. Die Regierung Brüning ist bei dieser Taktik jedoch nicht um ihrer selbst willen gehalten worden, ebensowenig wie der Reichstag um seiner selbst willen abstimmfähig gestaltet worden war. Beides geschah, um den Ansturm auf die Demokratie und das Leben der deutschen Arbeiterbewegung abzuwehren. Auf dem Boden eines arbeitsfähigen Reichsparlaments war es möglich, den in diesen Tagen größter sozialer Not so dringlich nötigen Arbeitererschutz zu erhalten. Voraussetzung für die Verteidigung der Sozialpolitik mußte die parlamentarische Verabschiedung des Reichsetats sein. Nur bei ausgeglichener Reichshaushalt konnten die verhängnisvollen Abbaumanträge gegen die Sozialversicherung abgewehrt und abgelehnt werden. Der Angriff auf die Leistungen der Arbeitslosen-, der Knappheits- und der Invalidenversicherung ist an der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gescheitert. Ebenso konnte bei den Beratungen des Arbeitsetats die Ausweitung der Arbeitsgerichtsbarkeit durch Zulassung der Rechtsanwältinnen verhindert werden. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Bereitstellung von 3 Millionen Mark aus Reichsmitteln für die Kindererziehung wurde angenommen. Die Notverordnung vom Dezember 1930 hat infolgedessen eine wichtige soziale Korrektur erfahren, als der gegen die Selbstverwaltung der Sozialversicherung vorgesehene Zwang zur Einstellung von Versorgungsanwärtern für das Etatsjahr 1931 wieder aufgehoben worden ist. Ein jahrzehntelanger Kampf gegen die gewerksmäßige Stellenermittlung hat gemäß den sozialistischen Anträgen unter heftigsten Widerständen mit der völligen und endgültigen Aufhebung dieses Geschäftes mit menschlicher Arbeitskraft geendet. In die von ständiger Verteuerung der Lebenshaltung begleitete Zollgesetzgebung sind wichtige Sicherungen zum Verbrauchererschutz eingebaut worden.

So hat der politische Verteidigungskampf der Sozialpolitik gerade nach dem 14. September 1930 recht sichtbare Ergebnisse aufzuweisen, die nur durch die Gestaltung einer parlamentarischen Etatsmehrheit erreichbar gewesen sind. Das Ergebnis wäre freilich erfreulicher, wenn die stärkste Stütze dieser positiven Reichspolitik, die Sozialdemokratie, innerhalb der Etatsgestaltung von der finanziell unerwünschten militärisch entbehrlichen, aber politischen Belastung der Panzerentscheidung verschont geblieben wäre. Die Reichsregierung Brüning sollte angesichts der ohnehin schwierigen politischen Situation in Deutschland bei allen Entscheidungen an die politische Tragfähigkeit gerade der zur Abwehr des Faschismus wichtigsten und größten Partei denken.

Diese Rücksicht auf die Sozialdemokratie war nicht nur bei der Panzerfrage zu vermissen. Auch in der Vorbereitung der deutsch-österreichischen Zollunion hatte aus Gründen der allgemeinen Außenpolitik, wie zur baldmöglichen Entspannung der Reparationsleistungen eine vorherige Fühlungnahme mit der positiv führenden großen Partei des Parlaments erwartet werden dürfen. Die nach der Vertagung des Reichstags erfolgte Ueberrumpfung mit der Notverordnung zum Vereins- und Versammlungsrecht liegt auf derselben Linie. So notwendig eine starke Staatsgewalt gegenüber dem politischen Terror und zur Beseitigung der rechtsradikalen Mordatmosphäre ist, so unvermeidlich muß es sein, daß die Aufführungsarbeit der republikanischen Kräfte erschwert, wenn nicht gefährdet werden soll.

Es müßte selbstverständlich sein, daß die Reichsregierung auch in der Reichstagspause auf derselben Linie weitergeht, die von der Etatsmehrheitsgruppe aufgezeichnet worden war. Im Widerspruch zu diesem von der Sozialdemokratie gehaltenen Kurs aber müßte jede Notverordnungsmäßnahme der Regierung stehen, die den Abbauder Sozialversicherung bezweckt. Hier liegt zweifellos für die nächste Zeit der Anlaß zu Besorgnissen vor, die rechtzeitig ausgesprochen werden sollten.

Die parlamentarische Kraft der Sozialdemokratie hat bisher trotz größter Reichsfinanznot und trotz Wirtschaftskrisis die Arbeiterversicherung auf dem Stand von 1930 gehalten. Diese Leistung braucht nicht gering veranschlagt zu werden; denn der Gesamtaufwand für die Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappheitsversicherung war 1930 mit 4537 Millionen Mark errechnet worden gegen 1371 Millionen Mark im Jahre 1913. Hinzu kommt der Aufwand für Erwerbslosenversicherung mit insgesamt 2 1/2 bis 3 Milliarden Mark (der ganze Reichshaushalt betrug 12 bis 13 Milliarden Mark). Diese Zahlen mögen zeigen, daß die deutsche Arbeiterklasse soziale Erzeugnisse zu verlieren hat.

Die erhöhte Wachsamkeit scheint gerade jetzt notwendig zu sein; denn zunächst ist die Sanierung der Reichsfinanznot spruchreif. Die Sozialdemokratie hat einen Weg aufgezeigt, in dem sie die aus dem Dawesplan noch bestehende Induktionsbelastung auf den ursprünglichen Stand gebracht wissen will. Sie würde ausreichen, um neben der Hilfe des Defizit der Knappheit zu bedenken. Die Regierung dagegen hat Pläne, die dahin gehen, einmal die Knappheitsleistungen abzubauen, daneben die ohnehin notleidende Invalidenversicherung zur Sanierung der Knappheit heranzuziehen und der Invalidenversicherung wiederum Vermögensbestände der Angestelltenversicherung zuzuführen. Eine solche Art „Gefahrengemeinschaft“ würde bereits vor der zum Herbst in Aussicht genommenen Reform der Invalidenversicherung deren Leistungsfähigkeit jetzt schon erschüttern und außerdem die Sicherheit der Angestelltenversicherung angreifen. Zur Unfallversicherung liegen ebenfalls Reformvorschlüsse der „Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände“ dem Reichsarbeitsministerium vor.

Nicht weniger gefährlich ist die Lage für die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge nebst gemeindlicher Erwerbslosenwohlfahrt. Die unter dem Vorhitz von Dr. Brauns eingeleitete „wissenschaftliche“ Kommission hat bis jetzt nur die Frage der Doppelerbieder und der Ar-

# Ein deutsches Schandurteil

## Solche Richter wirken als Staatszerstörer

Frankfurt a. M., 8. April. (Via. Draht.)

Das Schwurgericht Frankfurt verurteilte drei Nationalsozialisten, die im Oktober v. J. einen Kommunisten getötet und vier verletzt hatten, zu den außerordentlich milden Gefängnisstrafen von 14 bzw. 6 Monaten. Einer der angeklagten Komdo wurde sogar freigesprochen.

Leblich wie in Berlin in der Schumannstraße richten die Nazis auch im Reich nationalsozialistische Kaserne ein. Nachdem sie erst vor wenigen Wochen in Frankfurt in der Altstadt ein Haus gemietet haben, das nach außen als „Schlaf- und Speisehaus“ deklariert wurde, erworben sie jetzt in einem der Firma Tee-Groß gehörigen Gebäude drei Stadwerke. Mitten in einem Arbeiterviertel ist damit eine neue Nazi-Kaserne aufgezogen worden, die tausend Menschen bequem Schlafgelegenheit bieten kann. Zutritt ist hier nur durch große tunnelartige Toreinfahrten zu erhalten. Abgeschlossen von der Straße finden die Nationalsozialisten dort sicheren Unterschlupf. Man hat ein Fort; eine Ausstellungsgeschlossen, wie man sie sich besser nicht denken kann. Welchem Zweck dieses „Nimmerheim“ dient, zeigt der Totschlagprozess gegen den Nationalsozialisten Seipel und drei Genossen vor dem Frankfurter Schwurgericht.

Der Fall spielte in der Naziwirtschaft Seun in der Riddstraße in Frankfurt. Dort saßen um die Mitternachtsstunde des 19. Oktober v. J. etwa 10 Kommunisten. Sie saßen dann und wann ein Lied; einer spielte Klavier. Kein Mensch in der Wirtschaft nahm daran Anstoß, nur des Wirtes Tochterlein Trude. Sie telefonierte — damals hatte man die beiden Kaskafernen noch nicht — das Naziwort „Reichsadler“ an und sagte: „Bei uns sind Kommunisten im Saal.“ Sofort organisierte der SA-Führer Wenner den Angriff. Sechs Autos rasten nach der Riddstraße. Trude heun dirigierte die Nazis durch einen hinteren Eingang ins Kolleg. Alles ging mit sekundenhafter Schnelligkeit. Sogar ein diensthabender Sanitätsler war bei der Alarmlosene. Nächtlich fürzten 30 Nazis in den Schanzraum und packten die Kommunisten.

Biergläser wurden erschlagen. Der Arbeiter **Beckenbach** erbielt mit einem Bierglas einen Schlag auf den Kopf und brach mit zertrümmerter Schädeldede zusammen. Zwei Schüsse trafen hinter den flüchtenden Kommunisten her. Der Nationalsozialist **Kirchstein** schlug auf den sterbenden Beckenbach mit einem Stuhlbein ein und schrie:

„Sund, verrede vollende!“

Vier andere Kommunisten lagen verletzt zwischen den Tisch. Auch der Wirt beteiligte sich an der Schlägerei und schlug mit einer Spülbürste und mit einer Hundeweisze auf die Liegenden ein.

### Ein Toter und vier Verletzte

waren das Opfer der Aktion des nationalsozialistischen Kollkommandos.

Angeklagt wegen dieses Treibens waren der **Schlösser Seipel**, der Vertreter **Kirchstein**, der Kraftwagenführer **Geuer** und der Laborant **Bell**. Einmündrei wies der Staatsanwalt nach, daß es sich um einen planmäßigen Hinterhältigen und feigen Angriff der Nationalsozialisten gehandelt habe. Von den Angeklagten hatte jedoch nicht einer den Mut, zu seinen Taten zu stehen. Seipel gestand lediglich, daß er geschossen hätte, drei Zeugen bestritten, daß er Beckenbach mit einem Bierglas auf den Kopf geschlagen hat. Andere Zeugen bestritten, daß Kirchstein mit einem Stuhlbein auf den sterbenden Beckenbach eingeworfen habe. Trotzdem fällte das Gericht milde Strafen. Es verurteilte den Angriff und nicht nur Schlägerei an. Der Schlösser Seipel wurde wegen Kaufhandels und wegen Vergehens gegen das Waffengesetz auf 14 Monaten Gefängnis verurteilt, der Vertreter Kirchstein und der Kraftwagenführer Geuer erhielten wegen Kaufhandels je 6 Monate Gefängnis. Bell wurde freigesprochen.

Der Urteilspruch zeigt, daß in dem Schwurgericht Richter und Geschworene gefesselt haben, die mit den Nationalsozialisten sympathisierten. Kein Wunder, wenn die Kollkommandos in den Nazi-Kasernen neuen Mut zu neuen Morben schöpfen.

# Frick an der Futterkrippe

## Ein kleiner bayerischer Staatskandal

München, 8. April. (Via. Draht.)

Frick, dessen Ministerberühmtheit in Thüringen inzwischen zu Ende gegangen ist, redete sofort nach seinem Sturz nach München über. Im bayerischen Innenministerium sieht man nun seinen weiteren Plänen mit einiger Spannung entgegen. Als Frick anfänglich seiner Thüringer Berufung auf seine Stelle als bayerischer Oberamtmann versagtete, wurde die Öffentlichkeit offiziös davon unterrichtet, daß er endgültig aus dem bayerischen Staatsdienst ausscheiden sei. Diese Mitteilung entsprach aber offenbar mehr dem Wunsch der Regierung als den wirklichen Tatsachen. Denn der bayerische Kurier berichtet jetzt, daß das an sich nicht unerfreuliche Ausscheiden Fricks aus dem bayerischen Staatsdienst seinerzeit zu folgenden inhaltreichen Vereinbarungen geführt hat:

1. Dr. Frick ließ sich das Rücktrittsrecht in den bayerischen Staatsdienst vorbehalten.
2. Es wurde Dr. Frick die Zustimmung gemacht, daß ihm die im thüringischen Staatsdienst zugebrachte Dienstzeit in Bayern angerechnet wird.
3. Es wurde ihm in Aussicht gestellt, daß sein Dienstverhältnis im Falle der Wiedereinstellung sofort unwiderruflich sei.

behaltszeit behandelt. Nun will sie an die Nachprüfung der Arbeitslosenversicherung gehen. Es ist nicht unbekannt, daß eine weitere Verkürzung der Unterhaltungsdauer und eine Senkung der oberen Unterhaltungsätze als Tripartitquellen diskutiert werden sollen. Die Gewerkschaften sind in jener Kommission unvertreten und es wäre verhängnisvoll, wenn die Regierung etwa solche oder ähnliche Abbauvorschläge auf dem Wege der Notverordnung und gestützt auf ein Kommissionsgutachten verwirklichen wollte.

Somit es sich um die Ausgefuezten handelt, wäre der Finanznot der Gemeinden wirksam zu steuern, wenn sich die Regierung entschließen wollte, der vom Reichstage angenommenen Entschließung der Sozialdemokratie zu folgen. Danach wären Krisenfürsorge und gemeindliche Wohlfahrt für Erwerbslose zur einheitlichen Arbeitslosenfürsorge zusammenzufassen, wobei allerdings neben Reich und Gemeinde auch die Länder zur Finanzierung beitragen müßten. Jeder andere Weg birgt die Gefahr in sich, daß die Ausgefuezten das Opfer der gemeindlichen Finanznöte werden würden.

Wir müßen die Regierung auch daran erinnern, daß sie jetzt zu sagen einzulösen hat, die bei den Etatsberatungen im März gegeben worden, sind, um den Arbeitsmarkt und die Lage der Wohnempfangler zu erleichtern. Reichsarbeitsminister Stegerwald hatte angekündigt, daß, falls es nicht gelingt, die Arbeitsförderung durch freiwillige Vereinbarungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erreichen, gesetzgeberische Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit folgen sollten. Der von der Braunsischen Kommission gezeigten Veröffentlichung Vorschlag ist mindestens eine deutliche Warnung an die Reichsregierung, den Anfang mit der Vierzigstundensuche in einzelnen Gewerben zu machen.

Die Sozialdemokratie wird auch in Zukunft den Arbeiterschutz über alle anderen politischen Erwägungen stellen müssen. Auch die Regierung Brüning muß sehen, daß die ganze weitere politische Entwicklung Deutschlands von der sozialen Gestaltung des Lebens unserer wertigen Bevölkerung nicht mehr zu trennen ist. Auch die Diersvorgänge im Lager der Nationalsozialisten müssen sozial gewertet werden. Die Rebellion der Berliner SA-Leute gegen Herrn Hitler zeigt in ihren Taten die wachsende Unzufriedenheit der Befehligen gegen die Bourgeoisie.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat nach dem 14. September 1930 eine gewaltige Aktivität gegen den anstimmenden Faschismus entfaltet. Ihr ist es zu danken, daß Deutschland von Chaos und Bürgerkrieg verschont geblieben ist. Die nächsten Wochen dürfen keine arbeiterfeindlichen Notverordnungen bringen. Es gilt vielmehr nunmehr alle Aktivität darauf zu verwenden, soziale Not zu lindern, Arbeitsplätze zu schaffen und die Zukunft der schaffenden Volkskräfte zu sichern.

4. wurde Herrn Dr. Frick die bisherige Stelle für die Dauer des Reichstagsmandats offen gelassen.

Der Aufsicht des Jahres 1923 kann sich also wirklich nicht darüber beklagen, daß der von ihm vertratene Staat ihn nicht mit der höchsten Zuversicht behandelt hat. Eine solche Rückverpflichtung vor ihm ist im allgemeinen nur solche aus dem Staatsdienst scheidenden Beamten gewährt, die sich während ihrer Amtszeit in vorbildlicher Weise selbst haben. Das kann nach dem Rimaenser Stappenhelden und Hochverräter Frick nicht beauptet werden. Denn seine Sonderleistungen für den bayerischen Staat bestanden erwiebenermaßen nur darin, daß er unter dem Kommando Röhmers in der Münchener Polizeidirektion den Nazis in München und Bayern selbstbewußt den Weg ebnete und sich im November 1923 aktiv an dem Putsch Stüfers beteiligte, der noch amtlicher Feststellung den bayerischen Staat nahezu 1 1/2 Millionen Goldmark nebst 4100 Goldmark dauernde Jahresrenten kostete. Dazu kommt noch die nicht viel geringere Summe, die dem Reich durch Verwendung der Reichswehr als Auslagen entstanden sind.

# Englandreise Anfang Juni

## Briands Wünsche und Frankreichs Einflussnahme

Berlin, 8. April. (Via. Draht.) Der Reichsstaatsminister und Reichsaussenminister werden nunmehr, nach einer am Mittwoch aufstehenden Vereinbarung mit der englischen Regierung, London in der Zeit vom 5. bis 9. Juni besuchen. Brüning und Curtius werden Gäste der englischen Regierung sein. Den ersten Tag werden sie in London verbringen, am zweiten Tage sind sie Gäste des englischen Ministerpräsidenten MacDonald in Chequers. Am 9. Juni werden sie wiederum in London weilen und am Abend des gleichen Tages nach Berlin zurückkehren. Aüber offiziösen Besprechungen und einer privaten Aussprache zwischen dem deutschen und englischen Ministern in Chequers ist ein Empfang beim König vorgesehen.

Die Verschiebung der anfänglich für den 1. und dann für den 2. oder 8. Mai in Aussicht genommenen Konferenzen wird nach außenbin damit begründet, daß zu den anfänglich vorgesehenen Terminen entweder die englischen oder die deutschen Vertreter unabsichtlich waren, und infolgedessen der bestehenden Laune des Bölkerbundes überfällig als einziger Termin für die Ausprägung nur Ende Mai oder Anfang Juni hätte in Frage kommen können. Tatsächlich aber war die Haltung Frankreichs für die Verschiebung der englisch-deutschen Besprechungen auf den Monat Juni maßgebend. Briand hat gegenüber dem englischen Außenminister in den letzten Tagen wiederholt erklärt, daß ihm die deutsch-englische Unterhaltung, selbst wenn er dabei auswendig sein sollte, vor der Tagung des Völkerbundesrates und vor den französischen Präsidentenwahlen äußerst unkompatibel sei. Wahrscheinlich dürfte sich Briand ohne die deutsch-österreichische Zollunion, mit deren Rechtmäßigkeit sich der Völkerbundsrat im Mai beschäftigten, weniger schär, oder überhaupt nicht gegen den Besuch des Reichsstaatsministers und Reichsaussenministers in London vor der Völkerbundstagung gewandt haben. Aber die Furcht, daß die französische Reaktion die deutsch-englische Unterhaltung vor den nächsten Verhandlungen des Völkerbundesrates hinsichtlich der Zollunion eine von vornherein gewollte Niederlage Frankreichs auslöse, und damit die Präsidentenwahl nicht unwesentlich beeinflussen könnte, hat ihn zu seinem Widerstand gegen die Londoner Unterhaltungen zwischen MacDonald und Brüning veranlaßt, die nunmehr zu einer Verschiebung der Besprechungen auf Anfang Juni geführt hat.

# Aufhebung des 1. Mai als Feiertag

Braunschweig, 8. April. (Via. Draht.) Im Rechtsausschuß der braunschweigischen Staatsgemeinschaft wurde am Mittwoch mit den Stimmen der bürgerlichen Staatsgemeinschaft und den Nazis der 1. Mai als Feiertag aufgehoben. Die Aufhebung des 1. Mai als Feiertag ist ein Zeichen des Charakters als geistlicher Feiertag entworfen. Die Nazis erklärten, das zwar auch für den 1. Mai als Feiertag feiern wollten, aber der Feiertag als solcher aber, weil er international sei, aufgehoben werden müßte.



### Henderson wird gegen den Krieg

Der Krieg die verderblichste aller menschlichen Torheiten  
 London, 9. April. Staatssekretär Henderson hielt gestern Abend in dem Londoner Korridor Plumstead eine Rede über die auswärtige Politik. Als er sein Amt übernommen habe, so führte er aus, sei er entschlossen gewesen, die ausgezeichnete Arbeit, die MacDonald als Staatssekretär des Äußeren vollbracht habe, fortzusetzen und die dem Volke angedehnten sehr bestimmten Verpflichtungen zu erfüllen. Wir richteten unsere Bemühungen darauf, so lautete Henderson, einen händigen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens zu leisten und wir taten alles in unseren Kräften Stehende, wirksamere Bürgschaften gegen den Krieg zu schaffen, als sie je gewesen wären. Wir befolgten die Völkerbundspolitik und sind entschlossen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, durch ein Abkommen zwischen den Nationen Abrüstung herbeizuführen. Heute sind wir dem Erfolge näher als je. Die Konferenz, die im Februar nächsten Jahres eröffnet wird, wird die größte Konferenz der Weltgeschichte sein. Ihr Zweck ist es, die Nationen gegenseitig davon zu überzeugen, daß Krieg die verderblichste und nutzloseste aller menschlichen Torheiten ist und deshalb abgelehnt werden sollte. Dies kann allein durch eine Bezeugung der stehenden Heere oder durch ihre Herabsetzung auf das niedrigste mögliche Maß erreicht werden, das sich mit der nationalen Sicherheit vereinbaren läßt.

### Die Fassade des Hakenkreuzhauses hat einen Riß

Der tiefere Grund der Rebellion des nun von Hitler in die Hände geschickten Hauptmanns Stennes der Berliner SA, liegt wohl in der Führung der ganzen Bewegung in der Zeit vor den Wahlen im September vorigen Jahres. Es ist deshalb am Platze, den Ursachen der Unzufriedenheit innerhalb der NSDAP, nachzugehen. Das eklatanteste Beispiel für den Mangel an Disziplin innerhalb der SA, war aber wohl die erste Rebellion der Berliner SA-Leute unter ihrem Führer Hauptmann Stennes gegen die Partei und den OSA, die mit einem völligen Siege der Rebellen endete. Es war kurz vor den Wahlen zum Reichstag, der Zeitpunkt zu einer Rebellion also außerordentlich günstig gewählt. Wenn ein ernsthafter Konflikt mußte die Wahlaufrichtigkeit der Partei aufs schwerste schädigen. In der Berliner SA, herrschte schon lange vorher Unruhe über die allzu großzügige Art, in der der Berliner Parteiführer — vor allem Goebbels — für ihr eigenes Wohl sorgte. Die fürstliche Einrichtung der Büroräume von Goebbels, die herrlichen Autos, Goebbels großer Mercedeswagen, waren umloster der Stein des Anstoßes, als man bei wichtigen Prozessen den SA-Leuten den Rechtschutz verweigerte und ihnen für ihren außerordentlichen Dienst in der Wahlzeit keine größeren Entschädigungen zahlte als sonst.

So kam es am 27. August zur offenen Rebellion. Der OSA Stellvertreter-Ost, Hauptmann Stennes, mußte der Berliner Parteileitung mitteilen, daß die SA-Leute künftig jeden Dienst verweigern. Goebbels glaubte zunächst nicht an den Ernst der Situation, rief aber doch schließlich Hitler nach Berlin, der durch persönlichen Besuch in den einzelnen SA-Posten beruhigend auf die erregten SA-Leute einzuwirken suchte. Als dann in Goebbels Wohnung eine Geheimtätigkeit abgehalten wurde, veranstalteten die SA-Leute vor dieser Wohnung eine Demonstration, bei der sie das ganze Repertoire von Schimpfphrasen, das sie sonst für politische Gegner auswendig gelernt haben, den eigenen Führern an den Kopf warfen. Man demonstrierte schnell noch das vor der Tür haltende Auto des Vertrauensmanns und Kinderarztes Dr. Konig und Hitler erkannte schnell, daß nur ein Nachgeben diese ernsthaften Vorgänge hintanhaltend kann.

Hauptmann v. Pfeffer, der OSA, der sich wegen seiner Haltung den Rebellen gegenüber un beliebt gemacht hatte, mußte zurücktreten und Hitler übernahm persönlich die oberste Leitung der SA. Er rechnete gleichzeitig an, daß den SA-Leuten eine Zulage aus einem neu zu erhebenden Zuschlag von 20 M. pro Mitglied auszusahlen ist. Außerdem wurde die Aufnahmegebühr von 1 M. auf 2 M. erhöht und auch hiervon 1 M. an die SA-Leute abgeführt. Ferner verfügte Hitler die strikte Ablieferung von 50 Prozent der von den Ortsgruppen eingesamelten Kampfkassenspenden an die SA, sowie die Zuweisung von Rechtschutz für verhaftete SA- und SS-Männer auf Kosten der zuständigen Gouffassen. Die SA-Leute hatten also mit ihrer Rebellion ein gutes Geschäft gemacht und dabei der Öffentlichkeit und Herrn Hitler gezeigt, wie es in Wahrheit mit der Disziplin und dem Geist dieser Armee des Dritten Reiches bestellt ist.

### Die thüringische Regierungsbildung

Weimar, 8. April. (Eig. Meldg.) Bei den am Mittwoch Mittags eingeleiteten Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien handelte es sich lediglich um eine Wahlunahme. Als Vermittler wurde der Landtagspräsident von Thüringen vom Landtagspräsidenten beauftragt. Bemerkenswert ist, daß hier zwei Gruppen sich als Verhandlungsparteien gegenüberstehen und zwar auf der einen Seite Wirtschaftspartei und Landvolk, die bekanntlich gegen den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag und damit gegen den Sturz des Reichs stimmten und die Volkspartei auf der anderen Seite.

### Berlins neuer Oberbürgermeister

Berlin, 8. April. (Eig. Draht.) Die Wahl des früheren Präsidenten des Danziger Senats, Dr. Sahm, zum Oberbürgermeister von Berlin ist nunmehr endgültig gesichert. Als Bürgermeister wird der Staatspartei und gegenwärtige Vizepräsident des Deutschen Stadttages Dr. Elßaß und der Sozialdemokrat Dr. Lange, der 31. stellvertretender Stadtkämmerer der Reichshauptstadt ist, gewählt werden.

### Revolutionäre Erfolge im südlichen Venezuela

Colon (Panama), 8. April. Nach einem Funkspruch, den die in Panama lebenden venezolanischen Revolutionäre aus Venezuela erhalten haben, ist es den revolutionären Streitkräften des Generals Cedeno gelungen, im südlichen Venezuela Fuß zu fassen. Nach einem blutigen Gefecht gelang es den Truppen des Obersten Alvarez, die Stadt San Vicente zu besetzen, während die Streitkräfte des Obersten Carlos Bonta die Stadt Rinconondo einnahmen. Beide Parteien erlitten bei den Kämpfen beträchtliche Verluste.

### Hitlers Lied mit der Glocke

Hast gefahren in dem Drede  
 Sieht der Karren der Partei,  
 Daß die Form nicht ganz verrede,  
 Schaffet schnell Zement herbei!  
 Schmiedet Bänder ums Gehäuse  
 Werft in Röhren ran den Rot.  
 Laßt zu Haus die weißen Mäule,  
 Weill die rote Flut jetzt droht.  
 Schickt mir alle Telegramme  
 Aus dem ganzen deutschen Reich,  
 Daß in euch die Wut entflamme  
 Ueber diesen Stennes-Streich!

# Freistaat Baden

## Pfarrer Eckert zum Urteil des kirchlichen Verwaltungsgerichts

Pfarrer Dr. Eckert erklärt an seine Freunde und Anhänger folgende Erklärung:

„Die Veröffentlichung des Urteils des kirchlichen Verwaltungsgerichts ist erfolgt, bevor ich es selbst in Händen hatte. Das eine steht jetzt schon fest, daß es nun zum Entscheidungskampf innerhalb der Kirche geht. Die einzige Möglichkeit, einen geordneten Rückzug anzutreten, hat die Oberkirchenbehörde verpaßt — wir werden keinen Millimeter zurückweichen, Genossen und Freunde, wir sind im Recht, daran kann auch keine formal juristische Korrektheit etwas ändern. Macht euch bereit, sorgt dafür, daß die Zahl der hinter uns Stehenden noch größer wird. Der Präsident, die Oberkirchenbehörde will den Kampf — sie soll ihn haben, aber anders, als sie sich ihn denkt, sie soll ihn haben bis zum bittersten Ende. Setzt keine Hoffnungen auf das Dienstgericht — es wird genau so „gerecht“ urteilen, aber es wird ein Tribunal werden, vor dem die Unpersönlichkeiten unserer Auffassungen mit denen der Verkörper der evangelischen Kirche deutlich wird; ein Tribunal, vor dem wir die Parteilichkeit, die Hilflosigkeit und den Amtsmißbrauch des Präsidenten und des Oberkirchenrats beweisen werden.“

Das verspreche ich euch, Genossen und Freunde, die ihr euch mit einer aufopfernden Hingabe für unser Recht eingesetzt habt, doch ich mich nicht losreißen lasse von euch, komme, was wolle. Eckert.“

## Ein letzter deutscher Kriegsgefangener

Im Reichstag ist eine Interpellation eingebracht worden, in der gesagt wird, daß sich noch ein letzter deutscher Kriegsgefangener in der Strafkolonie Cayenne in französischer Gefangenschaft befindet. Er heißt Alfons Emil Paul Schwarz und ist von einem französischen Kriegsgericht wegen Waffentragens gegen Frankreich zu lebenslänglicher Deportation verurteilt worden.

Diese Beurteilung, so heißt es in der Interpellation weiter, sei lediglich erfolgt, weil Schwarz, der als Essäcker nach deutschem Gesetz als deutscher Staatsangehöriger anzusehen sei, genau so wie alle seine anderen Kameraden den Krieg auf deutscher Seite mitgemacht habe. Die Beurteilung sei darauf zurückzuführen, daß das französische Staatsangehörigkeitsgesetz im Gegensatz zum deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz die Bestimmung enthalte, daß Söhne von Ausländern zu Franzosen werden, wenn die Geburt in zwei Generationen auf französischem Gebiet stattgefunden habe. Schwarz sei im Februar 1919 an seinem Wohnort in Rehl verhaftet und während der Waffenstillstandszeit noch nach Frankreich gebracht und vor das Kriegsgericht gestellt worden. Die Reichsregierung wird schließlich gefragt, was sie zu tun absieht, um Schwarz, der jahrelang auf der Teufelsinsel gefesselt habe und jetzt nach der Strafkolonie Guyana geschafft worden sei, also insgesamt schon zwölf Jahre Verhöhrstrafe verbüßt habe, endlich wieder die Freiheit zu verschaffen.

## O Deutschland!

Uns wird geschrieben: Zwischen Würzburg und Wertheim am Main verkehrt eine Kraftstofflinie. Beide Orte sind mit der Eisenbahn, die dem Flußlauf folgt, nur auf großem Umwege und sehr

umständlich verbunden. Die Autobuslinie ist daher das gegebene Verkehrsmittel zwischen beiden Städten. Jahrelang hat diese Linie ohne alle Weiterungen funktioniert — warum sollte sie auch nicht. Wer Wertheim ist badisch und Würzburg ist bairisch. Wertheim gehört also zur Oberpostdirektion Karlsruhe und Würzburg zur Oberpostdirektion Würzburg. Beide Behörden mußten ihre Zuständigkeit zum Ausdruck bringen und sie haben sich über diese Autobuslinie auseinandergesetzt. Die Oberpostdirektion Würzburg läßt künftig nur noch die Strecke zwischen Würzburg und dem bayerischen Grenzort Neubrunn befahren, die Oberpostdirektion Karlsruhe die Strecke zwischen Wertheim und Neubrunn. Es könnte dem badischen Patriotismus der Wertheimer schaden, wenn sie im badischen Land in einem bayerischen Postauto sitzen müssen und die Würzburger könnten ihre weißblaue Geminnung vergessen, wenn ein badischer Autobus über die Grenze fährt. Künftighin wird es also in Neubrunn gehen, wie an einem Grenzort an der Reichsgrenze! Vor der bayerischen Landesgrenze macht der badische Autobus Halt, die Passagiere steigen aus, gehen zu Fuß über die Grenze und bestiegen dort den badischen Autobus!

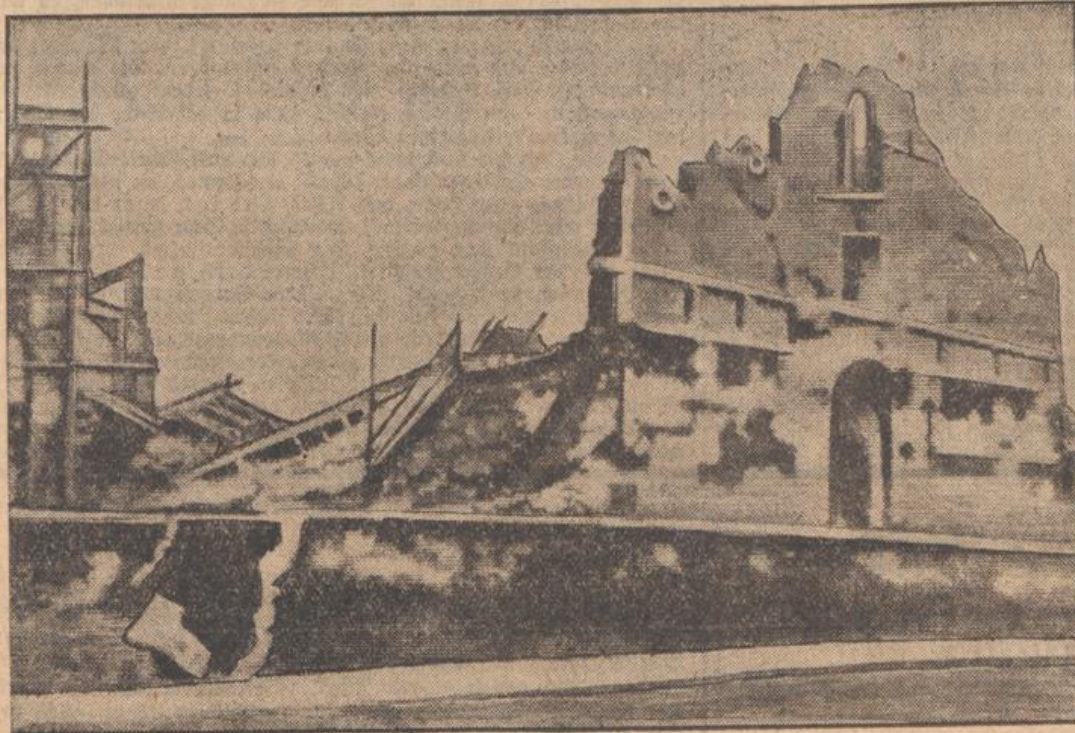
Auf der Heidelberger Straßenbahn ließ ein Kontrolleur, der einen Herrn mit einem ungültigen Fahrchein feststellte, den Betroffenen den doppelten Fahrpreis entrichten. Als der Herr ausgetiegen war, erzählte ein spottvoller Fahrgast dem Kontrolleur, das sei der Prinz Rupprecht von Bayern gewesen. Der Herr Kontrolleur schrieb eine Meldung, in der er sich bei seinem Vorgehen entschuldigte, er habe es nicht gewußt, daß dies „Seine Majestät der Prinz von Bayern“ gewesen wäre. Das Amtsentum ist manchen Leuten nicht auszureichen!

## Gegenseitige Anerkennung der Reisezeugnisse

Unter Aufhebung der bisher geschlossenen Vereinbarung der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reisezeugnisse der höheren Schulen ist, wie die Germania berichtet, ein neues Abkommen abgeschlossen worden, das sich bezieht auf Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, deutsche Oberschulen und Oberreinen. Die Vereinbarung, die im wesentlichen die bisher schon geltenden Bestimmungen aufrechterhält und zusammenfaßt, spricht aus, daß das Reisezeugnis, das ein Angehöriger des Deutschen Reiches in einem deutschen Lande erworben hat, in einem anderen Lande alle Berechtigungen gewährt, die in beiden Ländern übereinstimmend mit dem Reisezeugnis der Schulgattung verbunden sind. Werden in den Ländern für den Berechtigungsmaßweis verschiedene Forderungen gestellt, so ist die Gewährung der weitergehenden Berechtigung von der Entschcheidung der Regierung des Landes abhängig, in dem das Reisezeugnis als Berechtigungsmaßweis vorgelegt wird.

Außerdem ist eine Vereinbarung der Länder über die sogenannte mittlere Reife getroffen worden. Das Zeugnis der mittleren Reife wird in diesem Abkommen als Vorbedingung für den Eintritt in Berufe oder Berufsaufbahnen der mittleren Stufe des Berufsausbauens betrachtet. Für den Erwerb der mittleren Reife wird im allgemeinen ein mindestens sechsjähriger Gesamtschulbesuch vorgeschrieben, der eine mindestens der preussischen Mittelschule entsprechende allgemeine Bildung verbürgt.

Reinen Schulen, die den an gleichartigen öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen entsprechen, kann ebenfalls das Recht zur Ausstellung des Zeugnisses der mittleren Reife verliehen werden.



Erstes Bildtelegramm aus dem verwüsteten Managua

Ruinen einer Kirche in Managua in Nicaragua

Diese Aufnahme von dem furchtbaren Erdbeben wurde mit einem Sonderflugzeug von Managua über Havana nach New York befördert. Von dort erfolgte die telegraphische Übermittlung nach London durch Übersee kabel.



Flugzeugabsturz auf die Großstadt-Straße

Die krennenden Trümmer des polnischen Heeresflugzeugs

Mitten in eine Straße von Warschau stürzte ein polnisches Heeresflugzeug, das in der Luft plötzlich das Gleichgewicht verloren hatte. Das Flugzeug ging in Flammen auf, als es auf das Pflaster aufschlug, die beiden Piloten kamen ums Leben.



Gewerkschaftliches

Der große Betrug

Auch Nazis haben kurze Beine.

Betrug aber ist es, wenn München vor einigen Wochen den Entwurf eines Wirtschaftsprogramms herausbrachte, den man bis heute wohlweislich der Parteigenossenschaft vorenthalten hat...

Sittler ist in Wien. Seit dem kürzlichsten Reinfall des nationalsozialistischen Parteibürokraten Heber im Reichstag und in der öffentlichen Diskussion ist er auf der Suche nach einem Wirtschaftsprogramm...

Wie die Kommunisten, so haben die Nazis in ihrer rein demagogischen Schmutzkampagne gegen die Gewerkschaften Ersparnisse geleistet. Genau wie die NSD. beschimpfen die Nazis die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer als Streikbrecher...

Wirtschaft, die Kommunisten haben gelehrige Schüler gefunden. In der systematischen Bize und Verleumdung haben die Führer demagogisch unseren braven Kommunisten in nichts nach...

Streik bei der Firma Schiele & Bruchsaler in Hornberg i. Schw.

Durch die bürgerliche Presse geht eine Mitteilung unter Hornberg, wonach die Streikenden abgerufen sind, die sich infolge übertriebener Lohnansprüche im Streik befinden...

Abbau der Landarbeiterlöhne ist untragbar

In der bauerlichen Landwirtschaft ist dieser Tage vom Landespräsidenten bekanntlich ein Schicksalsbruch gefallt worden, der es soweit die Landarbeiter in Frage kommen bei der alten Regelung...

Der Landespräsident erklärt in der erwähnten Begründung unter anderem, daß er eine Kürzung der sehr bescheidenen Landarbeiterlöhne zum mindesten für die außerhalb der Hausgemeinschaft des Arbeitgebers lebenden landwirtschaftlichen Arbeiter...

Haß gegen Hindenburg

Die Enttäuschung der Rechtsreaktionäre über Hindenburg

Die Tatsache, daß der Reichspräsident von Hindenburg sein Amt nicht nur pflichttreu, sondern auch in ehrlischer Beachtung der Reichsverfassung ausübt, hat die Rechtsreaktionäre schon seit Jahren bitter enttäuscht...

Die Führer der nationalen Opposition haben in Abwehr des von Herrn Brüning als Notverordnung erlassenen „Nationalistengesetzes“ bei einer Zusammenkunft in Nürnberg eine Entschließung gefaßt...

Die deutsche Rechte steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Autorität der höchsten Stelle des Reiches gestärkt werden muß. Aber sie erkennt an, daß unter der Regierung Brüning die Machtverhältnisse...

Unterstützt unter das Nationalistengesetz gegeben ist. Es ist nicht das erstemal, daß große Männer die Opfer ihrer Umgebung und ihrer Berater geworden sind...

„Einmal muß es herausgelagt werden und es ist nun auch gesagt, daß sich zwischen dem Feldmarschall des Krieges, dem die Herzen der deutschen Frontsoldaten und aller national denkenden deutschen Menschen in Verehrung entgegenfliegen, dem von diesen Frontsoldaten gefürhten Reichspräsidenten und der nationalen Bewegung in Deutschland eine Kluft aufgetan hat...

Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Reichspräsident von Hindenburg nicht mehr landbieren oder auch nicht in eine Verlängerung seiner Amtsdauer einwilligen werde...

Aus aller Welt

Kircheneinbrüche in Sachsen

Dresden, 8. April. (Eig. Meldung.) Die Gottlosen-Propaganda hat verheerende Wirkungen. In der Kirche von Bienenmühle bei Treibitz haben mehrere Einbrecher während der Osterfeier...

Spion und sein Aufseher vom Zuge überfahren und getötet

Polen, 8. April. (Eig. Meld.) Der wegen verurteilter Spionage zur Vernehmung nach Polen gebrachte Sergeant Krul lief unterwegs auf die Bahngleise und sah seinen Begleiter Stepaniwicz mit sich...

Den Schwager angepöbeln — Die Mutter ans Schreck gestorben

Taschkent, 8. April. Der 22 Jahre alte Fabrikarbeiter Gencor Schant ist geriet mit seinem Schwager Joh. Hoffmann aus noch nicht ermittelten Gründen in Streit...

Unerschämte Unternehmerforderungen

Dortmund, 8. April. (Eig. Draht.) Die am Mittwoch hinsichtlich der Gehaltsfrage in der Metallindustrie Nordwest geführten Schlichtungsverhandlungen sind wiederum ergebnislos verlaufen...

Aus dem Kassendbericht des Deutschen Werkmeisterverbandes für 1930

Der Deutsche Werkmeisterverband, Düsseldorf, dem circa 130 000 Mitglieder angehören, hat in diesen Tagen seinen Kassendbericht herausgebracht. Auf den ersten Blick fallen die außerordentlich hohen Versicherungs- und Unterstützungsleistungen auf...

Bevorstehender Start des „Graf Zeppelin“ nach Ägypten

Freiburg i. Br., 8. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird morgen früh um sechs Uhr zu seiner Fahrt nach Kairo aufsteigen. Die Führung des Luftschiffes liegt in den Händen von Dr. Edener...

Der Gerichtsvollzieher bei Stennes

Berlin, 8. April. (Eig. Meldung.) Ein Gerichtsvollzieher hat heute nachmittags aufgrund einer einstweiligen Verfügung, die die Gauleitung der NSDAP gegen Stennes erteilt hat...

In der Notwehr erschossen

Berlin, 8. April. (Eig. Meldung.) Ein angetrunkener Mann hielt gestern abend in der Reichsbergerstraße verächtlich ein Auto auf dem Fahrdamm an. Als die Polizei diesem Treiben ein Ende machen wollte...

„Kulturfortschritt“

Die amerikanische Seeresverwaltung hat den geäußerten Versuch gemacht, eine Batterie Feldartillerie im Flugzeug zu transportieren. Eine Stunde nach dem Ausfliegen standen die Geschosse fertig zum Feuern an dem 200 Kilometer entfernten Landeplatz...

Verblödeter Kommunistenhaß

Der Haß der Kommunisten gegen die Gewerkschaften kennt keine Grenzen. Wo sich nur irgend eine Gelegenheit bietet, geben sie im Verein mit den Reaktionären zu gewerkschaftsfeindlichen Aktionen über. So haben sie vor kurzem im Pommerischen Provinziallandtag...

Bei Husten Carmol-Katarrh-Pastillen. Drogerie Lösch, Körnerstraße 26. Drogerie Tscherning, Amalienstraße 19.



### Kleine bad. Chronik

#### Eine Kassette mit 6400 Mark verschwunden

OB. Freiburg, 8. April. Eine böse Ueberraschung erlebte am Montagabend ein Angestellter der hiesigen Kasino-Vischspiele. Als er im Kassenraum eine Kassette mit 6400 M. an sich nehmen wollte, war diese verschwunden. Die sofort benachrichtigte Polizei konnte die Angelegenheit noch nicht klären. Es wird angenommen, daß der Einbruch durch Nachschlüssel zum Kassenraum vor sich ging, oder vom Hof aus durch Einsteigen in ein offenes Fenster erfolgte. Die Tat muß geschehen sein, als die Kassiererin nach Schluß der Vorstellung einen Augenblick den Kassenraum verlassen hatte.

#### Erdbeben zwischen Ahdorf und Fügen

OB. Ahdorf, 7. April. In der Nacht von Ostermontag zu Osterdienstag entstanden auf dem sogenannten Wellblechweg, dem Gemeindegrenze von Ahdorf nach Fügen, an der Gemeindegrenze Ahdorf-Fügen, große Risse und Senkungen. An vielen Stellen ist der Weg unterbrochen, stellenweise beträgt der Höhenunterschied zwischen den einzelnen Teilen des Weges 1,50 Meter. Nach Darstellung des Badischen Wasser- und Straßenbauamtes Donau-Eisingen haben sich an den Dämmen der Butach-Risse im Gebirge gebildet. Das Gelände wird von einem zusammenhängenden Riß scharf umrissen. Das Bewegungsgebiet beträgt 6-7 Hektar. Außer dem Umrennen sind verschiedene Querschnitte etwa gleichlaufend mit dem Wellblechweg innerhalb des Gebietes entstanden. Die ganze Geländefläche hat sich bis zum 6. April, auch gestern sind neue Senkungen eingetreten, um etwa 40 Zentimeter gesenkt und nach der Butach vorgezogen. Diese ist an einigen Stellen merklich verengt und hat ihr Niveau auf einer Länge von etwa 200 Meter erhöht. Der Höhenunterschied der Nachhöhe an der Rißstelle bei Ahdorf beträgt 4,75 Meter. Es besteht jedoch keine Gefahr für eine Ueberschwemmung von Ahdorf. Der Weg wurde behördlich gesperrt. Es handelt sich um ein Rißgebiet, das vermög seiner geologischen Beschaffenheit (Kreide) dauernd in Bewegung ist. Heute weist der Landesgeologe Schmarrenberger an der Senkungsstelle.

#### Autounfall

Kasselt. Vorgefieri mittags kurz vor 2 Uhr ereignete sich auf der Kehler Straße in unmittelbarer Nähe der Badener Brücke dadurch ein Autounfall, daß der 26 Jahre alte verheiratete Kaufmann Adam Dirschner, hier wohnhaft, der mit seinem Fahrrad vor einem Lastwagen die Kehler Straße kreuzen wollte, etwa zwei Meter vor dem Lastwagen zu Fall kam und dadurch zwischen die beiden Vorderräder des Lastwagens geriet. Hierbei zog er sich erhebliche Verletzungen an den Armen, im Gesicht und am Hinterkopf zu. Dirschner wurde in das Städt. Krankenhaus verbracht.

#### Einbruch ins Pfarrhaus

Kehl. Am Ostermontagabend wurde in der im 1. Stad. gelegenen Kirche des katholischen Pfarrhauses eingebrochen und ein aus Kleingeld bestehender Betrag von 64 M. gestohlen.

i. Vangenbrücken. Ein aus der Richtung Feutern kommendes Weinfuhrwerk passierte die Hauptstraße. Plötzlich stürzte der Fuhrmann ab und kam unter die Räder, so daß er sich erhebliche Verletzungen zuzog. Das Fuhrwerk wollte nach Ziegelhausen. — An der Kreuzung der Haupt- und Feuterner Straße stießen ein Auto und ein Motorradfahrer zusammen, wobei beide Fahrzeuge erheblich beschädigt wurden, die beteiligten Personen aber mit dem Schrecken davonkamen.

Oberhausen bei Schweikingen. Gestern nacht gegen 1 Uhr stießen zwischen Oberhausen und Wiesental ein Auto und ein Motorrad zusammen. Der Fahrer des letzteren, der Schneider Theodor Berner von Wiesental, stürzte und trug neben erheblichen Kopfverletzungen einen Beinbruch davon. Die Sanitätsfahrerin kam mit leichten Verletzungen und dem Schrecken davon.

W. F. Forstheim. Heute nacht gegen 11 Uhr brach in dem Gasthaus „Zum Löwen“ in Elmendingen aus unbekannter Ursache ein Feuer aus, das sich so rasch ausbreitete, daß das ziemlich angebaute Anwesen bis auf den Grund niederbrannte.

Mannheim. In der vergangenen Nacht geriet die neben der Feuerwehrlöhler Hof gelegene große Hofschneide in Brand. Die Berufsfeuerwehr bekämpfte den Brand sofort mit sechs Schlauchleitungen und konnte so die angebauten große Hofschneide retten. Verbrannt sind die gesamten Heu- und Strohspeicher sowie zwei Fuhrwerke. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Gesamtschaden beträgt annähernd 10 000 M. Man vermutet Brandstiftung.

Walsch. Beim Spielen am Werkflanz bekam das 4 Jahre alte Söhnchen des Malers Koch das Uebergewicht und stürzte ins Wasser. Die starke Strömung riß das Kind fort, so daß es ertrank. Seine Leiche wurde in der Ainsig gefischt.

Lahr. Auf dem Heimweg scheute das Pferd des Landwirts Baugler aus Schweikhausen. Der Wagen fiel um und die 89 Jahre alte Bäuerin und deren Tochter erlitten schwere Verletzungen, während der Bauer mit dem Schrecken davonkam. Die Frau ist inzwischen ihren Verletzungen erlegen.

Staufen. In Tunnel wurde der Schuhmacher Jakob Bek erhängt aufgefunden. Bek war verheiratet und Vater von fünf Kindern. Seine Frau befindet sich zur Zeit in der Freiburger Klinik, wo sie in den letzten Tagen von dem fünften Kinde entbunden wurde. Gestern hat man die Schwiegermutter von Bek beerdigt. Seitdem zeigte er ein verändertes Wesen und äußerte Selbstmordgedanken.

Baundorf. Der 19 Jahre alte Ernst Röhms von hier verunglückte beim Holzhaufen im Stadtwald dadurch tödlich, daß ein fallender Baum einen stehenden Baum kreuzte und einen Ast abriß, der beim Abstoßen den jungen Mann an der Schläfe traf und den sofortigen Tod herbeiführte. Der schwerverletzten Familie wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Kein Einreisevisum nach Frankreich während der Kolonialausstellung. Der interministerielle Ausschuss der französischen Kammer hat beschlossen, für die Dauer der internationalen Kolonialausstellung in Paris, also während der nächsten fünf Monate, das Einreisevisum nach Frankreich abzuschaffen. Jeder Ausländer muß im Besitze eines Personalausweises sein, der vom französischen Konsulat als richtig befunden worden ist. Der Ausweis wird beim Eintritt nach Frankreich abgefordert.

### Die Belehnung

Dittler ernannt den Hauptmann Göring zum Gauführer der östlichen Provinzen.



Dittler: „Nimm hin mein Schwert, ziehe aus und verleihe die Reuterei!“  
Göring: „Die Novembermeuterei, hoher Hof!“  
Dittler: „Unfinn, die Reuterei in der SA!“

### Gemeindepolitik

#### Bürgermeisterwahl in Bühlertal

Bei dem am Dienstag stattgefundenen zweiten Wahlgang wurde der Nationalsozialist Bauer wiederum mit 39 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Weitere Stimmen erhielten noch Herr Baumann 16, Franke 10 und Stolz 6. Die Unerwartung bei dem zweiten Wahlgang ist, daß die Kandidaten alle vom Zentrum waren. Von einer geschlossenen Allianz gegen die Nazi kann also nicht geredet werden und war ihnen der Sieg dadurch leichter gemacht. Herr Bauer mag nun zeigen, was er kann.

#### Gemeinderatsbeschlüsse

Der Einbau der Wasserreiniigungsanlage für das Schwimmbad der städtischen Badeanstalt wird vergeben. — Wegen der Anstellung verfallender Grabsteine nach Maßgabe der vorgelegten Skizzen wird nichts eingewendet. — Der von der Schulbrunnen Straße nach dem Graf-Rhena-Weg führende Radweg für Frühjahrsarbeiten soll ausgearbeitet werden. — Zur Ausführung von Pfisterarbeiten verleiht der Gemeinderat die Lieferung von 80 Tonnen Pfistersteinen. — Das Geschäft des Wirts Emil Tschle hier um Erlaubnis zum Betrieb der Sektfabrikation mit Brauntwein aus dem „zum Watterberg“ wird nach Ablauf der Eintragsfrist dem Bezirksamt hier weitergereicht. — Die Dienststunden der städtischen Betriebe werden ab 13. April 1931 für das Sommerhalbjahr in nachstehender Weise festgelegt: an den ersten fünf Wochentagen von 7.30 bis 12.30 Uhr vormittags und von 2 bis 5.30 Uhr. Samstags von 7.30 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags. Für den Verkehr des Publikums bei den städtischen Anlagen bleiben die bisher üblichen Stunden (8 bis 12 Uhr vormittags und 3 bis 4 Uhr nachmittags) bestehen.

### Volkswirtschaft

Getreide, Mehl und Futtermittel: Der Markt ist ohne Anregung. Die Weizen halten sich seit einiger Zeit nicht mehr an einheitliche Weizenpreise, was in Verbindung mit der allgemeinen Unsicherheit am Markt die Geschäftstätigkeit hemmt. Weizen, je nach Qualität, Rohware 31-31.50 M., Deutscher Roggen, je nach Beschaffenheit 21.25-22 M., Brauererle, je nach Beschaffenheit ohne Noth, Futter- und Sortiererle, je nach Qualität 19.50-22 M., Deutscher Hafer, gelb oder weiß, je nach Qualität 19-19.75 M., Weizenmehl, Basis Weizen 0, April-Mai 44-44.75, Roggenmehl, 0-90%, je nach Rohstoff 29.50-30.50 M., Weizenbrotmehl (Futtermehl) je nach Rohstoff 13.50 M., Weizenkleie, fein, prompt 11 M., Weizenkleie, grob, prompt 11.50-12 M., Weizenroh, je nach Qualität, prompt, 10.25-10.75 M., Trodenkornmehl, loka, je nach Rohstoff, ab Rohstoffen 7.25 M., Weizenmehl, je nach Qualität und Herkunft 9-11.50 M., Erbsenmehl, loka, deutsche, je nach Rohstoff 13.75-14 M., Kartoffelmehl, je nach Rohstoff 13.50-13.75 M., Sojabohnen, loka, Rohstoff 14-14.50 M., Weizenroh, je nach Rohstoff 16.75-17 M., Sojabohnen ohne Noth, Weizenroh, je nach Rohstoff 8-8.50 M., Weizenroh, weiß, 5.-M. —

### Glossen

#### Der Hof gegen Hindenburg

Die Nationalsozialisten führen eine systematische, wenn auch vorläufige Agitation gegen den Reichspräsidenten. Der Hofkreuzfahrer Münchener hat letzten in Löwenbräueller in München geredet. Er verurteilte dem Reichspräsidenten folgenden Kadelstich: „Als Hindenburg zum Ludendorff die Schlacht bei Tannenberg gewann“. Die Versammlung hat den Angriff auf Hindenburg sehr wohl verstanden, sie gab ihrer Stimmung gegen den Reichspräsidenten in förmlichem Beifall Ausdruck. In einer Versammlung in Berlin sprach der Nationalsozialist Dr. v. Leers. Er sagte, daß im Gefolge der Notverordnung die Nationalsozialisten in diesen Tagen einen ganz deutlichen Schlusstrich unter das Verhältnis mit Hindenburg gezogen hätten. Viele Deutsche würden heute ein ihnen liebgekommenes Bild aus ihren Abkommen erkennen. Auch hier unterstützten die Nationalsozialisten die Kampanie gegen Hindenburg mit demonstrierendem Beifall.

### Letzte Nachrichten

#### Die schnatternde Pariser Presse

Paris, 9. April. (Funkdienst). Die französische Presse ist über die Verschiebung der Reise von Dr. Brüning und Curtius sehr befreudigt. Sie vermeidet es aber, diese Tatsache als einen Sieg Frankreichs auszuwerten. Dagegen wird Henderson gelobt, der schnell das Mandat bemerkt habe, in das ihn die deutschen Staatsmänner hineinziehen wollten, und der daher den ihm von verschiedenen Seiten gemachten Vorschlag befolgt habe, die Besetzung bis nach der Genfer Ratstagung zu verschieben.

Das Journal erklärt, man könne also mit Genugtuung feststellen, daß die Gefahr, daß außerhalb des Völkerbundes in London eine Diskussion über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung einleitet werde, befristet sei. Frankreich könne daher mit unangenehmen Händen nach Genf gehen.

Der Zeit Pariser schreibt, daß jetzt auch Henderson im Völkerbundsrat mit der vollkommen unberührten Autorität eines unparteiischen Richters Platz nehmen könne.

Das Echo de Paris führt die Vertagung der Besetzung nicht auf politische Erwägungen, sondern auf das Eingreifen Machos zurück, der sich durch die von Henderson seit einiger Zeit angenommenen Freibeiten zum Beispiel bei den einmütigen Verhandlungen über die Stötenabrisung befristet gefühlt habe und seinen Außenminister zur Ordnung habe rufen und ihn an die Solidarität des Kabinetts habe erinnern wollen.

Was die Bedeutung der Zusammenkunft anbelangt, wird in der französischen Presse fast allgemein der Standpunkt vertreten, daß die Besetzung nach der Genfer Ratstagung einen großen politischen Wert mehr habe. Der Matin schreibt, im Grunde genommen handle es sich jetzt nur noch um einen Wochenbesuch auf dem Lande, der den deutschen Ministern angeboten werde. Der Excelsior glaubt, daß die Londoner Reise Brüning und Curtius keine großen Fragen regeln werde aus dem einfachen Grunde, da es keine großen europäischen Fragen gebe, die ohne Beteiligung Frankreichs notgenommen werden.

### Veranstaltungen

Donnerstag, 9. April:

- Schüt. Konzerthaus: Tanzabend Clara Merck-Geiger. 20 Uhr.
- Colosseum-Theater: Die Pöner Hölle. 20 Uhr.
- Clara-Merck-Theater: Zwei Reichen.
- Kammer-Theater: Judentum am Rhein.
- Polst-Theater: Die Hölle.
- Werkstatt-Theater: An der schönen blauen Donau. — Jugend- und Familienvorstellung 2 Uhr.
- Schauburg: Schichten der Unterwelt.
- Kaffee Oberon: Zensurkonzert.

## Samen

Sämtliche Gemüse-, Blumen- und landwirtschaftliche Samen in anerkannt bester Qualität Pflanzenschutz- u. Düngemittel

### Samenhandlung

## C. Weiß Nachfolger

Zähringerstr. 98 Karlsruhe beim Rathaus  
Vogelfutter — Preisliste gratis — Vogelutensilien

➔ Versand nach auswärts ➔

Diese Woche auf unseren Einheitspreis-Tischen

- H' Jacquard-Socken -75
- Kinder-Strümpfe gewebt Woll mit Seide. Größe 6-9 1.-
- Damen-Strümpfe starkes Qualität, mod. Farben 1.-
- Damen-Strümpfe Wasch-seide, schöne Qualität 1.50

## „Poländer“

DAS HAUS DER GUTEN WERKE

## Frühjahrsbeginn!!

### Der Garten ruft . . . . .

- Böttner's Gartentaschenbuch 211 Seiten, Leinenband . . . . . 2.00
- Böttner, Gartenbuch für Anfänger 308 Seiten, gebunden . . . . . 3.00
- Withum, Kleingärtners Taschenbuch mit einigen Winken für die Kleintierzucht, 59 Seiten, kartoniert . . . . . 0.60
- Lehrmeisterbücherei mit ihren Heften über Blumenärten, Obst- und Gemüsebau, Geflügelzucht u.a.m. Jede Nummer 0.40

### Volksfreund-Buchhandlung

Karlsruhe, Waldstraße 28 Fernsprecher 7020-21

## Den Schülern

### Die Schülmappe

### Das Schreibetü

In allen Preislagen und prima Qualität

Größte Auswahl beliebter Kommunion-Geschenke

## Koffer-Müller

KARLSRUHE in Baden, Waldstraße Nr. 45

## Insertate

für wirkungsvolle Reklame auf allen Gebieten des Daselns gibt man auf im

## VOLKSFREUND

Karlsruhe, Waldstr. 28, Fernruf 7020/21

Standort, 24r. Schrant  
Schreibetü, Sofa, 2 Pol-  
sterstuhl, Rauchtisch, 1  
Hohhaarmat., Vertiko,  
schw. Schreibisch Dbl.,  
Küschelisch, 6 gleiche  
Stühle, 11r. Schrank  
alles bill. bei Klemm,  
Durlach, Kellerstr. 23, 3.

Hochalt-, Cutom-  
Smoking u. Frack-  
Häute, 1st neu, neu-  
mend bill. abzug. 2733  
Zähringerstr. 58a, 11.

Gebräucht. Zwilling-  
Kinderwagen zu kauf.  
gelucht. Zu erit unt.  
5489 im Volksfreund.





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

9. April.

1553 Französischer Satiriker, Rabelais. — 1826 Englischer Gelehrter Franc. Bacon. — 1859 Schriftsteller Julius Hart. — 1880 Sozialist Dr. Max Quard. — 1865 Ende des amerikanischen Bürgerkriegs. — 1919 Generalsitzung in Braunschweig. — 1928 Türkische Kammer beschließt Trennung von Kirche und Staat.

### Schwere Beschädigung der Maxauer Schiffsbrücke

Am Mittwoch vorm. verurteilte der unter holländischer Flagge fahrende Dampfer „Dranje 3“ die geöffnete Rheinbrücke bei Maxau rückwärts zu passieren. Der Dampfer fuhr in ziemlich schneller Fahrt gegen das sogenannte Landloch auf der rechten Seite, das sehr stark beschädigt wurde. Die gesamte Brücke wurde bei dem Zusammenstoß schwer erschüttert. Schienenträger und Spindeln wurden stark verbogen, die Eisenbahnschienen hingen frei in der Luft. Das Boot wurde am Heck stark beschädigt. Die Beschädigungen der Schiffsbrücke sind so schwer, daß mit einer voraussetzlichen Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs für etwa 8 bis 14 Tage rechnen muß. Der Verkehr wird über Germersheim umgeleitet. Der Fußgängerverkehr konnte gegen Mittag provisorisch aufgenommen werden. Auch der Verkehr für Lastkraftwagen wird für längere Zeit unterbrochen sein.

### Tätigkeit der Nahrungsmittel- u. Gewerbe-polizei im Monat März 1931

Im Monat März wurden 857 Kannen Milch geprüft und 193 Proben zur Untersuchung erhoben. Davon mußten 12 Proben als gewässert (6 bis 20 Prozent), 11 als fettarm, 5 als schmutzig und 2 als sauer, und deshalb minderwertig, beanstandet werden. Die Beanstandungen fielen mit einer Ausnahme den Produzenten zur Last. Die Kundenmilk eines hiesigen Milchhändlers mußte wegen Fettarmut beanstandet werden. Dies dürfte jedoch auf die unsachgemäße Behandlung der Milch zurückzuführen sein. Ein hiesiger Molkereibehälter gelangte zur Anzeige, weil er seiner Kundenmilk 7 Prozent Wasser zusetzen pflegte. Durch die Landhüter in Neulau, Neuenbüra, wurden 2 Landwirtinnen ermittelte, welche ihrer abzuliefernden Milch 20 bis 50 Prozent Wasser zusetzten. Die Kontrolle von 45 hiesigen Milchhändlern während der Verkaufszeit, sowie die Kontrollen bei 50 Milchhändlern bzgl. Reinlichkeit und Aufbewahrung der Milch ergaben nur in einem Falle Anlaß zu Beanstandungen.

Die Kontrolle von 214 Lebensmittelgeschäften, 20 Metzgereien und 18 Bäckereien ergaben 78 Beanstandungen wegen Nichtbeachtung der Schlags- und Fleischbeigebungsordnung, insbesondere Trichinengefahr, des Weingesetzes und des Brotgesetzes. Bei einem Wirt mußten zwei geschlachtete Fische beschlagnahmt werden, weil sie der Fleischbeigabe nicht unterstellt waren.

Von Lebens- und Genussmitteln wurden im ganzen 67 Proben zur Untersuchung gebracht. Davon wurden beanstandet: Eine Probe Süßrahmbutter wegen zu hohem Säure- und zu wenig Fettgehalt, eine Probe Emmentalerkäse wegen zu hohem Wasseranteil, 1 Probe Streichkäse, weil er statt den auf der Etikette angegebenen 20 Prozent nur 7 Prozent Fett hatte, 1 Probe Weiskäse, weil er 85,4 Prozent Wasser enthielt, 2 Proben Butterbrot, weil zur Herstellung nicht Butter verwendet wurde, 4 Proben Eierlebkuchen, weil sie ohne Verwendung von Eiern hergestellt und zur Täuschung mit Anilinfarbe gefärbt waren, 4 Proben Hülsenfrüchte, weil sie von Würmern angefallen und vom Schimmelpilz befallen waren, 2 Proben Kartoffelmarmelade, weil sie Stärkefäule enthielten, ohne daß dies auf dem Etikett angegeben war, 4 Proben amerikanische Nessel, weil sie von der in Amerika üblichen Bestäubung der Pflanzenzuchtlinge durch Seiprigen mit giftigen Stoffen Spuren von Arsen enthielten. Wenn auch so geringe Mengen von Arsen und Blei, wie sie bei den Nessel gefunden wurden, keine Gefahr für die menschliche Gesundheit bedeuten, ist es aber nicht ausgeschlossen, daß gelegentlich auch größere Mengen dieses Giftes vorkommen, namentlich, wenn längere Zeit hindurch solche Früchte genossen werden. Es empfiehlt sich daher, diese Nessel vor dem Genuß zu schälen, da sich unter der Schale die Giftstoffe nicht mehr vorfinden.

Ferner ergaben 40 Gewerbetreibende wegen anderer Zuwiderhandlungen gegen wirtschaftliche und gewerbliche Gesetze und Bestimmungen der Polizei. Darunter ein Personalchef, weil er am Vorabend von Feiertagen die Konfektionsarbeiterinnen ohne Erlaubnis nach 17.30 Uhr beschäftigt hat, eine Dreiwelle, weil sie am Sonntag Kunden bediente, ein Fabrikant, wegen unerlaubter Sonntagsarbeit, 4 Gewerbetreibende wegen unerlaubten Warenverkaufs am Sonntag, 4 Gewerbetreibende wegen Vergehens gegen die Arbeitszeiterordnung, 3 Gewerbetreibende wegen unzulässiger Wettbewerbs und ein Wäldermeister, weil er Rindbrat ohne Kennzeichnung in den Verkehr brachte.

### Die Wirtschaftsnote als Hemmschuh der Reinlichkeit

Der Besuch der städt. Bäder hat im Jahre 1930 gegenüber dem Vorjahre ganz bedeutend abgenommen und die ersten drei Monate des Jahres 1931 zeigen eine weitere sinkende Tendenz. An diesem Rückgang tragen zweifellos die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung, ihre unzulässige Einwirkung auf die Reinlichkeit des Bades ist also deutlich zu erkennen. In den einzelnen Bädern gestaltet sich der Besuchserfolg folgendermaßen:

#### Rechnungsjahr 1930/31 im Vergleich zum Jahre 1929/30

(Die Ziffern in Klammern sind die Besuchszahl von 1930/31)

**Bierordtsbad:** Schwimmbäder 1929/30: 210.864 (189.198), Wannbäder 72.248 (61.882), Dampfbäder 8194 (7742), Elektr. Lichtbäder 8058 (8187), Kohlenäurebäder 2712 (2426), Verich. Kurbäder 4753 (5511), Zusammen: 306.891 (274.946).

**Friedrichsbad:** Schwimmbäder 112.582 (117.570), Wannbäder 99.481 (91.433), Elektr. Lichtbäder 1050 (780), Kohlenäurebäder 1307 (1140), Verich. Kurbäder 5241 (5101), Zusammen 219.661 (219.033).

**Seierheimer Bad:** Wannbäder 1645 (3940), Brausebäder 2424 (2463), Schulbäder (4896), Zusammen 4069 (11.299).

**Schwimm- und Sonnenbad:** Besucher 46.500 (29.701).

**Kleinstrandbad Rappenwört:** Besucher (n. 20. 7. 29 bis 31. 3. 30) 228.733 (247.318).

Im Rechnungsjahr 1930/31 betrug die Besuchszahl der städt. Bäder 782.297 gegenüber 803.794 im Rechnungsjahr 1929/30.

#### Im März

**Bierordtsbad:** Schwimmbäder März 1930: 19.553, (März 1931: 15.401), Wannbäder 6341 (5143), Dampfbäder 925 (841) Elektr.

## Das Testament

### Wie es aussehen muß und wie nicht

Zobtrische Anfragen an uns über die Abfassung eines Testaments veranlassen uns, in einem Artikel diese Frage behandeln zu lassen.

Das privat-schriftliche Testament ist nur rechtsgültig, wenn den in § 2231 des Bürgerlichen Gesetzbuches aufgeführten Formvorschriften genügt ist. Wird auch nur eine nicht beachtet, so ist das Testament unglültig. Die Folge ist, daß die Erben sich nicht auf den Willen des Erblassers berufen können. Es tritt dann die gesetzliche Erbfolge ein ohne Rücksicht auf seinen Willen, seine Zuagen und Verfügungen. Die Erziehung lehrt, daß immer wieder Verstöße gegen die gesetzlichen Formvorschriften vorkommen, die den Anlaß für unzulässige Erbschaftsstreitigkeiten bilden. § 2231 des BGB. bestimmt, daß das privat-schriftliche Testament vom Erblasser

unter Angabe des Ortes und des Tages eigenhändig geschrieben und unterschrieben werden muß.

Man achte genau auf den Wortlaut und beachte Wort für Wort, dann werden die verhängnisvollen Fehler vermieden werden. Zunächst ist darauf zu achten, daß das ganze Testament vom ersten bis zum letzten Wort, eigenhändig geschrieben sein muß. Es darf also nicht einem andern diktiert werden. Es darf auch nicht mit der Maschine geschrieben sein. Sodann ist die eigenhändige Orts- und Tagesangabe erforderlich. Benutzt der Erblasser einen Briefbogen mit vordruckten Ortsnamen, so ist das Testament unglültig, es sei denn, daß er den Ort noch einmal handschriftlich hinzusetzt. Die Ortsangabe muß auch richtig sein. Wer sich anderswo zur Erholung aufhält, darf nicht etwa seinen Wohnort angeben. Das gleiche gilt von der Tagesangabe. Auch sie muß richtig sein. Unschädlich ist natürlich ein Irrtum, der als solcher sofort zu erkennen ist, zum Beispiel, wenn statt 1929 geschrieben wird: 1829. Manche Erblasser benötigen einen besonderen Anlaß, etwa ihre Silberne Hochzeit, um ein Testament zu setzen. Schreiben sie dann als Tagesangabe: am Tage meiner silbernen Hochzeit, so ist das Testament unglültig. Es muß sich um den Tag selbst handeln, die Zeit ergeben, ohne daß weitere Stifsmittel erforderlich wären.

Die Unterschrift muß unter dem Testament stehen. Es genügt nicht, daß der Name nur im Text steht.

Lichtbäder 924 (942), Kohlenäurebäder 236 (210), Verich. Kurbäder 525 (613), zusammen 28.501 (23.150).

**Friedrichsbad:** Schwimmbäder 8785 (9838), Wannbäder 9227 (8159), Elektr. Lichtbäder 105 (106), Kohlenäurebäder 93 (122), Verich. Kurbäder 620 (763), zusammen 18.830 (18.988).

**Kleinstrandbad Seierheim:** Wannbäder 423 (250), Brausebäder 1547 (131), Schulbäder (198), zusammen 1997 (579).

**Kleinstrandbad Rappenwört:** Besucher 4831 (1880).

Insgesamt hatten die städt. Bäder im Monat März 1931 44.597 Besucher gegenüber 54.159 im gleichen Monat des Vorjahres.

### Was die Nazis unter politischer Reinlichkeit verstehen?

Wir erhalten folgende Erwiderung auf die Berichtsaussage des Herrn Rechtsanwalts Knaus:

Unter obiger Überschrift hat der Volksfreund am Mittwoch, den 1. April einen Artikel Aufnahme gewährt, in dem u. a. angefragt wurde, ob es richtig ist, daß Herr Wittich nicht nur den Delektat im städt. Elektrizitätsamt zu organisieren versteht, sondern daß er sonderbarerweise auch Aufträge von Fahrradreparaturen an die Rastierwerkstatt des Herrn Wittich im Stadteil Rintheim gelassen. Zu diesem Einzelfall schickte Rechtsanwalt Knaus dem Volksfreund eine Berichtsaussage, in der bestritten wird, daß Wittich mit dem Delektat nichts zu tun habe, sondern sein Vorbesitzer. Diese Abweisung berührt uns natürlich. Will Herr Wittich bestritten, daß er einem Betriebsrat des Gaswerks I gegenüber äußerte, der Delektatant habe ihm Provision angeboten, die er aber abgelehnt habe. Eine Frage dazu ist notwendig: Wie kommt Wittich mit dem Delektat in Verbindung?

Herr Knaus bestritt in seiner Erwiderung im Auftrage von Wittich, daß Schleifer (der Schwager des Nazis Wittich) keine Aufträge von Fahrradreparaturen erhalten habe. Nun wurde in dem Artikel gar nicht behauptet, daß Schleifer Aufträge schon erhalten hat. Es bleibt bei dem, was in unserem Artikel am 1. April 1931 steht. Der Meister Leberle hat ein gewisses Schicksal zu bringen. Dieser Name ist unterer Auffassung nach eine Defabrik. Denn der Arbeiter konnte in Rintheim ein Fahrradgeschäft mit einem solchen Namen nicht ausfindig machen. Er ging dann zu Schleifer und fragte, ob er um wohl die Räder gebracht werden sollten. Zunächst sollte es für das Einholen eines Voranmittels sein; denn die Hintermänner mußten sehr genau, daß für beratende Arbeiten Voranmittels abgegeben werden müssen. Wir bleiben auch bei dem Wortlaut des Dialogs zwischen Schleifer und dem Arbeiter, der wörtlich lautet: Schleifer sagte zu dem Arbeiter: „Ach ja, mein Schwager ist Stadtrat, der hat es wahrscheinlich beantragt.“

Nun schreibt Herr Knaus auch, Schleifer habe bereits vor 1914 städtische Arbeiten bekommen. Das bestritten wir gar nicht. Damals hatte Schleifer ein großes Geschäft auf der Kaiserstraße. Seit 1914 bis zu dem Zeitpunkt, wo sein Schwager Wittich zur Stadt kam sind 13 Jahre verfloßen und man hat Schleifer keine Arbeit mehr übertragen, resp. aufgefördert, Voranmittels abzugeben. Wer aber die Zusammenhänge kennt, wie der Artikel schreibt, weiß warum Schleifer heute aufgefördert werden soll, Voranmittels abzugeben und warum Herr Schleifer bei der Fragestellung des Baukomitees des Gaswerks gleich auf den Namen seines Schwagers, des Stadtratsverordneten (nicht Stadtrat) Wittich kommt. Der Meister Leberle ist ein persönlicher Bekannter von Wittich. Wittich ist in demselben Werk beschäftigt und hat, wie aus dem Gespräch zwischen Schleifer und dem Baukomitee des Gaswerks festzustellen ist, ihm (Schleifer) in Aussicht gestellt, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß er Arbeiten von der Stadt wieder bekomme. Aus Grund des persönlichen Freundschaftsverhältnisses zwischen Wittich und dem Meister Leberle war das nicht schwer und wie aus den Vorgängen ersichtlich, wäre zweifellos der Erfolg zu verzeichnen gewesen, wenn das Einverständnis nicht erloschen wäre. Schleifer hat dem Baukomitee gegenüber erklärt, als er den Voranmittels über das ihm zugeführte Rad mitnehmen wollte, den kann ich auch meinem Schwager mitgeben.

Was Herr Rechtsanwalt Knaus seine prägnante Erwiderung drehen wie er will, um den Kern der Sache kommt niemand herum. Das Schleifer Arbeiten vom städt. E.A.M. nach vielen Jahren wieder übertragen werden sollten, dürfte wohl ernst und allein

Im allgemeinen wird der Erblasser mit seinem bürgerlichen Familiennamen zeichnen. Es genügt aber auch die Unterschrift mit dem Künstlernamen, wenn der Erblasser unter diesem Namen allgemein bekannt ist.

Schwierigkeiten verursachen oft auch die sogenannten gemeinsamen schriftlichen Testamente, die nach § 2265 BGB. übrigens nur von Eheleuten errichtet werden können. Hierzu ist nach § 2267 des BGB. erforderlich, daß einer der Ehegatten das Testament in der oben besprochenen Form für beide errichtet, und daß der andere Ehegatte die Erklärung beifügt, daß das Testament auch als sein Testament gelten soll. Diese beifügte Erklärung muß ebenfalls unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschrieben und unterschrieben werden. Es gilt dafür alles, was über die Form des Einzeltestaments erörtert worden ist.

Was nun den Inhalt des Testaments angeht, so kommt auch hier nicht selten Fehler vor. Es ist zum Beispiel nicht gestattet, die Gültigkeit des Testaments oder einer einzelnen testamentarischen Verfügung von der Bestimmung eines Dritten abhängig zu machen. Es darf nicht heißen, daß dies und jenes zu geschehen habe, „aber nur, wenn mein Bruder damit einverstanden ist.“ Die letztwillige Verfügung ist allein Sache des Erblassers.

Auch der Unterschied zwischen Erbeinsetzung und Vermächtnis wird nicht selten verkannt. Er ist aber sehr erheblich. Der Erbe ist gewissermaßen eine Fortsetzung der Rechtsfähigkeit des Erblassers. Er bekommt alles, soweit nicht besonders verfügt ist; er erhält also auch das, was nach dem Tod des Erblassers der Erbmasse noch zuwächst. Andererseits haftet er für die Schulden des Erblassers. Der Vermächtnisnehmer dagegen bekommt nur ein bestimmtes Vermögen aus der Erbschaft, etwa ein Schmuckstück, ein Wertpapier. Im übrigen hat er mit der Erbschaft nichts zu tun. Er haftet auch nicht für die vorhandenen Schulden.

Jedem, der ein Testament machen will, kann daher nur geraten werden, vorher zuverlässigen juristischen Rat einzuholen, wenn nicht vorgezogen wird, es in der gleichfalls zugelassenen öffentlichen Form vor einem Richter oder einem Notar zu errichten.

darauf zurückzuführen sein, daß sein Schwager Nazi-Stadtratsverordneter Wittich im E.A.M. beschäftigt und persönlich auf befreundet mit dem Meister Leberle ist, der in diesem Falle den Auftrag erteilt hat, daß man das Rad zu Schleifer nach Rintheim bringe.

Warum berichtigt Herr Knaus die positive Behauptung in dem Einzelfall nicht, daß Nazi Wittich auf Kaszidatradreparaturen Vorkarwerker wurde?

Im übrigen freut es uns, feststellen zu können, daß nach dem Ergehen des Einzelfalles vom 1. April 1931 auch noch andere Geschäfte (Fahrradreparaturgeschäfte) zu Voranmitteln aufgefördert wurden. Ueber die Art der Einholung von Voranmitteln, wie wir sie durch diesen Vorgang kennen gelernt haben, dürfte noch an anderer Stelle ein Wort gesprochen werden.

(1) Wiedereröffnung der Winterstube Nowadsanlage 1. Auch die badischen Winger haben bekanntlich zur Selbsthilfe gegriffen und gleich den Konjunkturfragen des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bedient, um die Lage zu verbessern. Nicht nur, daß sie die Wintergenossenschaften ins Leben gerufen haben, um die Natur reinheit und den Ausbau des Weines zu garantieren, sowie einen vorzuleistenden Absatz des Weines an Großhändler zu erreichen, sondern sie gingen noch weiter und errichteten Winterstuben mit dem Zweck, ihre Weine direkt an den Verbraucher abzugeben, damit er nur reine Weine und zwar zu einem annehmbaren Preis erhält. Diesem Gedanken betrieb bei der Wiedereröffnung der Winterstube, Nowadsanlage 1, der Präsident des Bad. Weinbauverbandes, Herr Lang-Kleinbach-Bismatt Ausdruck. Er bezeichnete es als Verdienst der badischen Wintergenossenschaften, daß ausgezeichnete badische Weine auf den Markt kommen und Absatz finden. Die Wintergenossenschaften würden besonderen Wert darauf legen, gerade in der Landesausbauphase eine Probierstube zu besitzen. — Die Lokalitäten, in denen sich jeder Weinkenner recht heimlich fühlen wird und auch einen nachträglichen Tropfen serviert erhält, sind neu hergerichtet, mit neuzeitlicher Einrichtung versehen und machen den besten Eindruck. Als Wirt wurde Herr Wolffmann aus Offenbach gewonnen, der als äußerst tüchtiger Fachmann von seiner Tätigkeit als Pächter der bestrenommierten Ortenauer Winterstube in Offenbach bekannt ist. So sind also alle Voraussetzungen gegeben, daß sich jeder Weintrinker im „Haus der Landwirte und Genossenschaftler“ behaglich fühlen dürfte.

(2) Arbeiterjubiläum. Der Fuhrmann Matthias Schneckert beim städt. Fuhr- und Autowerk, konnte in diesen Tagen auf eine 25jährige Tätigkeit beim städt. Tiefbauamt zurückblicken. Der Jubilar ist schon mehrere Jahre Betriebsrat seines Betriebes und treuer Anhänger seiner Organisation, der Sozialdemokratischen Partei, sowie ein alter Abonnent unseres Blattes. Unsere herzlichste Gratulation und besten Glückwünsche für die Zukunft.

(3) Sein 25jähriges Dienstjubiläum feiert, wie uns geschrieben wird, am 9. d. M. der technische Stadtmagistratsbeamte, Stadtmagistrat Karl Lang, eine im hiesigen und auswärts bekannten Baugewerbes bekannte und geschätzte Persönlichkeit. Pflicht- und Geschäftserfüllung stand während dieser langen Zeit im Vordergrund seines Handelns. Dank seines Lebenswiderstandes und aufopfernden Weizens wird er wohl von allen, die mit ihm zu tun hatten, als Beamter und Mensch hoch geschätzt.

(4) Promenadenkonzert. Die Bad. Polizeipolizei unter Leitung von Obermusikmeister Böhm veranstaltet am heutigen Donnerstag, den 12. April, mittags 12 Uhr, ein Promenadenkonzert im Sauerwaldchen.



Schuhpöcker, Donnerstag, 9. April, 8 Uhr abends Verfallung im „Volkshaus“.

Mitte und Schloß, Freitag, den 10. April, 8 Uhr abends Verfallung im „Volkshaus“ über „Rechtstragen“ (Rom, Hoffmann) im „Volkshaus“. Alles anitreten.